

«Arbeiten die liberalen Demokratien nicht zusammen, werden sie abgeschossen»

Chris Patten, der letzte britische Gouverneur in Hongkong, erklärt im Gespräch mit Katrin Büchenbacher und Patrick Zoll, wie mit einer chinesischen Führung umgegangen werden soll, die das Vertrauen in sie verspielt hat

Herr Patten, in den vergangenen drei Jahren ist das freie Hongkong zerfallen: Peking hat ein drakonisches Gesetz über nationale Sicherheit eingeführt, die Redefreiheit eingeschränkt, und die pro-demokratische Bewegung ist am Boden. Was ist schiefgelaufen?

Ich habe viel darüber nachgedacht, weil ich gerade dabei bin, das Tagebuch aus meiner Zeit als letzter Gouverneur von Hongkong zu veröffentlichen. Nach der Rückgabe der Kolonie an China 1997 lief es die ersten 13, 14 Jahre ziemlich gut. Peking mischte sich zwar stärker ein, als es sollte, aber im Grossen und Ganzen behielt Hongkong seine Identität. Es hatte alle Freiheiten, die man mit einer offenen, rechtsstaatlichen Gesellschaft verbindet – ausser der Möglichkeit, seine eigene Regierung zu wählen. Jetzt wurden alle diese Freiheiten durch ein totalitäres Regime umfassend und aggressiv beseitigt. Weshalb? Die Antwort ist: Xi Jinping.

Was hat sich für Hongkong seit 2012, als Xi Chef der Kommunistischen Partei Chinas wurde, verändert?

Xis Machtübernahme ging ein interner Machtkampf voraus. Dazu kam die Verbreitung des Internets, das die Deutungshoheit der Partei bedrohte, die Globalisierung, die Urbanisierung. Das alles hat die chinesische Führung aufgeschreckt. Sie beschloss daher, hart durchzugreifen und Veränderungen, die unter Xis Vorgängern Jiang Zemin und Hu Jintao begonnen hatten, rückgängig zu machen. Xi hat sich für den autoritären Ansatz entschieden mit einem Personenkult wie unter Mao Zedong. Das Prinzip der kollektiven Führung durch bürokratischen Konsens wurde abgeschafft. Das hat sich auch auf Hongkong ausgewirkt.

Inwiefern?

Für Xi Jinping war Hongkong mit seiner offenen Gesellschaft eine existenzielle Bedrohung für die Herrschaft der Kommunistischen Partei. Und ausserdem kann in den Augen der Parteiführung nur ein guter chinesischer Patriot sein, wer die Kommunistische Partei liebt. Aber ein Grossteil der Hongkonger Bevölkerung oder ihre Vorfahren sind vor dem Kommunismus geflohen, vor der Kulturrevolution, vor der grossen Hungersnot. Verschärft wurde das alles durch die inkompetente Politik der Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam, als sie 2019 versuchte, ein Auslieferungsabkommen mit China einzuführen. Als es zu ersten Protesten kam, ging die Polizei hart dagegen vor. Verantwortlich dafür war Lams Sicherheitschef John Lee, der jetzt ihr Nachfolger wird. Aber die Befehle dafür kamen von ganz oben, von Xi Jinping.

Chinas Vorgehen in Hongkong ist ein Bruch der gemeinsamen chinesisch-britischen Erklärung zu Hongkong von 1984. War es rückblickend ein Fehler, zu glauben, dass sich die chinesische Führung an dieses internationale Abkommen halten würde?

Eine kluge Frau, Suzanne Pepper, hat in der «Hong Kong Free Press» argumentiert, dass wir Briten Chinas Führung mit ihrer eigenen Interpretation von Demokratie davonkommen liessen. Es fragt sich, ob wir in der gemeinsamen Erklärung ausreichend deutlich gemacht haben, was wir unter Begriffen wie Rechtsstaatlichkeit, lokale Autonomie, parlamentarische Demokratie und Rechenschaftspflicht verstehen. Aber wenn wir auf einem gemeinsamen Verständnis bestanden hätten, hätte es vielleicht nie ein Abkommen gegeben.

Die Kritik lautet auch, dass sich die Briten 150 Jahre lang nicht um Demokratie in Hongkong gekümmert haben, bis sie es an die Chinesen übergeben



Am 30. Juni 1997 nimmt Chris Patten als letzter Gouverneur Hongkongs die britische Flagge entgegen, die soeben eingeholt wurde. Am Tag darauf endet die 156-jährige Herrschaft Grossbritanniens, und die Stadt wird wieder ein Teil Chinas. EMMANUEL DUNAND / AFP

mussten. Hätte Grossbritannien nicht schon früher demokratische Reformen anstossen sollen?

Nachdem die gemeinsame Erklärung unterzeichnet worden war, hätten wir die Anzahl der direkt gewählten Sitze im Hongkonger Parlament schneller steigern sollen. So hätte eine demokratischer gewählte Legislative bis zur Übergabe an Peking mehr Zeit gehabt, sich zu etablieren. Es hätte sich eine noch stärkere politische Kultur entwickeln können, die dem Druck von aussen standhält. Allerdings muss man immer bedenken: Hongkong war nicht irgendeine britische Kolonie, die sich auf die Unabhängigkeit vorbereitete. Es war immer klar, dass Hongkong zurück ans chinesische Mutterland gehen würde.

Hat die Einführung demokratischer Elemente in den letzten Jahren vor der Übergabe bei den Hongkongern nicht Hoffnungen geweckt, die sich unweigerlich zerschlagen würden?

Wir konnten in Hongkong keine völlig anderen Werte leben als die, die wir selbst vertreten. Und doch wussten wir, dass Hongkong nicht zu einer unabhängigen Gemeinschaft werden würde, die diese Werte praktiziert. Deswegen war die Übergabe 1997 ja so ein aussergewöhnliches, schwieriges Unterfangen. Ich möchte das Dilemma mit einem Erlebnis illustrieren: Kurz vor dem Ende meiner Amtszeit als Gouverneur besuchte ich eine psychiatrische Klinik. Ein Patient rief mich zu sich. Er sagte, er wolle mir eine Frage stellen, mit der er schon lange ringe. «Stimmen Sie mir zu, das Grossbritannien die älteste parlamentarische Demokratie der Welt ist?», fragte er. Ich nickte. «Glauben Sie an Freiheit?», fragte er weiter – ich nickte, nun nervös. «Würden Sie zustimmen, dass China die letzte grosse kommunistische Tyrannei in der Welt ist?» Ich sagte: «Ja.» Dann fragte er: «Können Sie mir erklären, warum Grossbritannien, eine alte Demokratie, Hongkong an den totalitären Staat China übergibt, ohne die Menschen in Hongkong zu befragen?»

Eine berechnete Frage.

Beim Weggehen sagte ich zu den Beamten, die mich begleiteten: «Ist es nicht

«Künftig wird es in der Welt eine klare Trennung zwischen den liberalen Demokratien und den neototalitären oder autoritären Ländern wie China und Russland geben.»

Gouverneur und EU-Kommissar

k. b./paz. · Der 77-jährige Chris Patten ist Kanzler der Universität Oxford. Früher war er Vorsitzender der Konservativen in Grossbritannien, amtierte als letzter britischer Gouverneur in Hongkong und danach als EU-Kommissar. Im Juni erscheint das Tagebuch aus seiner Zeit in Hongkong von 1992 bis 1997 beim Penguin-Verlag. Patten war am Dienstag auf Einladung des Schweizerischen Instituts für Auslandsforschung für einen Vortrag an der Universität Zürich.

eine furchtbare, grauenvolle Ironie, dass sich die Person, welche die vernünftigste Frage in Hongkong stellt, in einer psychiatrischen Klinik befindet?» Auch die erste weibliche Abgeordnete der demokratischen Partei, Emily Lau, hat diese Frage immer wieder aufgeworfen und Grossbritannien an den Pranger gestellt. Vielleicht ist es der Preis, den wir zahlen mussten für die Art und Weise, wie wir uns Hongkong ursprünglich angeeignet hatten.

Hat Grossbritannien deshalb auch heute noch eine besondere Verantwortung gegenüber Hongkong?

Ja. Erstens müssen wir so viele Exilanten aus Hongkong aufnehmen wie möglich. In den letzten drei Monaten sind wahrscheinlich etwa 100 000 nach Grossbritannien gekommen. Das ist zu unserem Nutzen, denn die meisten, die Hongkong verlassen, sind junge, gut ausgebildete Fachleute – genau diejenigen, deren Verlust Hongkong verhindern müsste. Zweitens müssen wir sicherstellen, dass die Welt genau weiss, was in Hongkong passiert. Und wir müssen die Hongkong-Frage so oft wie möglich gegenüber China ansprechen.

Das ist nicht einfach. Wir stellen fest, dass das Interesse unserer Leser an Hongkong stark abgenommen hat. Hat die Welt Hongkong bereits abgeschrieben? In Grossbritannien, Australien und den USA ist Hongkong weiterhin ein wichtiges Thema, in Europa weniger. In der britischen Politik ist der Graben zwischen dem linken und dem rechten Flügel tief – die Besorgnis über Hongkong und China verbindet allerdings die beiden Lager. Doch wir alle haben ein Limit, über wie viele Dinge wir uns gleichzeitig aufregen können. Für mich persönlich ist das anders. Denn es sind auch Freunde von mir eingesperrt worden. So wie Jimmy Lai, der Verleger von «Apple Daily». Im Studierzimmer meines Hauses in Frankreich hängt ein Bild, das er mir geschenkt hat.

Wie haben Sie reagiert, als Sie von Jimmy Lais Verhaftung, von der Schliessung von «Apple Daily» gehört haben? Hatten Sie es kommen sehen?

Es war ein Horror. Ich war erstaunt über seinen Mut. Er ist ein intelligen-

ter Mann. Er muss gewusst haben, was auf ihn zukommt. Sein Fall zeigt, dass es wirtschaftliche Konsequenzen hat, wenn die politischen Freiheiten Schritt für Schritt eingeschränkt werden. Und das hat auch Auswirkungen auf die Verwaltung der Stadt. Hongkong ist der letzte Ort, von dem ich erwartet hätte, dass er so schlecht mit dem Coronavirus umgeht, wie es der Fall war. In gut funktionierenden Demokratien macht man bessere Politik, weil die Regierung immer wieder zur Rechenschaft gezogen wird.

Nach Einführung des Sicherheitsgesetzes 2020 schrieben Sie, dass man Chinas Führung nicht trauen könne. Was bedeutet das für die internationale Zusammenarbeit mit China?

Erstens müssen wir aufhören, uns selbst zu täuschen. Es gibt keinen Automatismus, dass wirtschaftliche und technologische Entwicklung zu Demokratisierung führt. Zweitens müssen wir das Wesen der Kommunistischen Partei verstehen. In seinem berühmten Telegramm schrieb der amerikanische Diplomat George Kennan 1946, dass die sowjetische Sicht der Realität mit der amerikanischen inkompatibel sei. Dasselbe gilt für China. Wie sehr die Sichtweisen auseinanderklaffen, zeigt sich etwa in einem politischen Papier aus dem Jahr 2013, in dem Xi westliche demokratische Werte und Prinzipien zu Feindbildern erklärte. Oder in der chinesischen Politik in Xinjiang, in Berichten von erzwungenen Sterilisationen und Organspenden und in tausend weiteren Dingen. Als liberale Demokratien sollten wir nicht versuchen, eine Mauer um China zu errichten, denn China ist ein wichtiger Teil unserer Zukunft. Wir sollten nicht versuchen, China einzudämmen, sondern, es in die Schranken weisen. Wir müssen zusammenstehen und Peking klarmachen, dass es nicht tolerierbar ist, wenn es sich nicht an international festgelegte Regeln und Abkommen hält. Dass es nicht angeht, wenn es mit wirtschaftlichen Strafmassnahmen gegen einzelne Länder vorgeht, die nicht mit seiner Sicht der Dinge übereinstimmen.

Was heisst das für die internationale Politik?

Künftig wird es in der Welt eine klare Trennung zwischen den liberalen Demokratien und den neototalitären oder autoritären Ländern wie China und Russland geben. Wenn die liberalen Demokratien nicht zusammenarbeiten, werden sie eine nach der anderen abgeschossen.

ANZEIGE

Albin Kistler

KUNDEN INTERESSEN VERTRETER

Unser Anreiz: Langjährig Ihre Interessen vertreten. Mit bester Nettorendite.

Wir halten Wort.